



Schweizerisches

**Sozialarchiv**

Bibliothek Archiv Dokumentation

Eidg. Institut für Geistiges Eigentum  
Stauffacherstrasse 65/59g  
CH-3003 Bern

Per Mail an [Revision\\_URG@ipi.ch](mailto:Revision_URG@ipi.ch)

Zürich, 1.3.2016

## **Vernehmlassung zum Entwurf des Urheberrechtsgesetzes vom Dezember 2015**

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich nehme als Direktor des Schweizerischen Sozialarchivs gerne die Gelegenheit wahr, mich im Rahmen der Vernehmlassung zur Revision des Urheberrechtsgesetzes (URG) zu äussern. Das Schweizerische Sozialarchiv ist eine seit 1906 bestehende Institution mit Archiv, wissenschaftlicher Spezialbibliothek, Dokumentationsstelle und Forschungsfonds in den Themenbereichen des gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Wandels sowie der sozialen Bewegungen. Seit 1974 ist es als führende nationale Forschungsinfrastruktureinrichtung in seinem Themenschwerpunkten vom Bund anerkannt und mitsubventioniert.

Grundsätzlich ist es erfreulich, dass der Bundesrat das URG einer Teilrevision unterzieht und damit das Gesetz dem digitalen Wandel anzupassen versucht. Als Bibliothek sind wir weitgehend zufrieden, dass der Bundesrat aus Nutzersicht neue Schrankenregelungen vorschlägt, die die Verwendung von urheberrechtlich geschützten Werken besser ermöglichen, insbesondere auch im Internetzeitalter.

**Besonders unterstützen wir die vorgesehenen Neuregelungen zur Verwendung von verwaisten Werken (Art. 22b URG), zu den Bestandesverzeichnissen (Art. 24e URG) sowie zur freiwilligen Kollektivverwertung (43a URG).** Für einzelne unklare Punkte in diesen Artikeln verweise ich auf die Vernehmlassungsantwort der Kommission der schweizerischen Nationalbibliothek.

Der Bundesrat berücksichtigt in den meisten Artikeln des revidierten URG das wichtige Anliegen des Urheberrechts, einen Interessenausgleich zwischen den Urhebern und den Nutzern anzustreben. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass die Bibliotheken als nicht kommerzielle Nutzer bzw. Vermittler von Werken für Gesellschaft und Wissenschaft, aber vor allem auch für die Urheber und Urheberinnen selber, einen grossen Mehrwert erbringen, indem sie Zugang, Verbreitung und Erhaltung von Wissen, Kultur und Information sicherstellen. Ihre Interessen sind daher besonders schützenswert.

Schweizerisches Sozialarchiv  
Stadelhoferstrasse 12  
CH-8001 Zürich

Verwaltung T 043 268 87 40  
Bibliothek T 043 268 87 50  
[www.sozialarchiv.ch](http://www.sozialarchiv.ch)  
[kontakt@sozialarchiv.ch](mailto:kontakt@sozialarchiv.ch)

Lesesaal und Katalog  
Montag bis Freitag 8–19.30 Uhr Samstag 9–16 Uhr  
Ausleihe und Information  
Montag bis Freitag 10–19.30 Uhr Samstag 11–16 Uhr

Umso vehementer **abzulehnen ist vor diesem Hintergrund die Einführung des in Art. 13 URG vorgesehenen zusätzlichen Verleihrechts** (sog. „Bibliothekstantieme“). Eine solche Sondersteuer auf bibliothekarischen Ausleihen brächte einen grossen finanziellen und administrativen Mehraufwand für Bibliotheken und andere Institutionen wie Archive und Bildungseinrichtungen. Die Bibliotheken der Schweiz kaufen jährlich für fast 200 Mio. Franken Medien ein (elektronische nicht inbegriffen) und erwerben damit auch das Recht zur Ausleihe. Es kann davon ausgegangen werden, dass davon rund 20 Mio. Franken als Entschädigung an die Autorinnen und Autoren gehen, womit die Bibliotheken die grössten Kunden der Verlage und der Urheber sind. Ausserdem fördern die Bibliotheken die vor allem in der Schweiz lebenden Autorinnen und Autoren mit mindestens weiteren 3 Mio. Franken durch Honorare für Lesungen. Der erzielte Werbeeffect und die Direktverkäufe dieser Veranstaltungen sind in diesen Zahlen noch nicht inbegriffen. Der Bericht des Bundesrates spricht auf Seite 86 nur von den Mehrkosten für den Bund und verschweigt, dass die Verleihsteuer vor allem die Kantone und die Gemeinden als Träger oder Subventionsgeber der Bibliotheken trifft. Von den rund 48 Mio. Ausleihen entfallen nämlich auf die Nationalbibliothek, die Bibliotheken der beiden eidgenössischen Hochschulen sowie weitere vom Bund mitfinanzierte Institutionen wie das Schweizerische Sozialarchiv weniger als 2 Prozent. Die Hauptlast von über 98 Prozent würden Kantone und Gemeinden tragen.

Es sind zudem die folgenden Gründe, die eine Revision des geplanten Art. 13 URG unabdingbar machen:

**1. Die Höhe der Abgabe und damit der auf die Bibliotheken zukommenden Mehrbelastung ist völlig unbekannt.** Es scheint uns nicht statthaft, über eine Verleihsteuer zu befinden, zu deren Höhe keine konkreten Angaben vorliegen. Gerüchteweise wird von einer Abgabe zwischen einem Rappen und einem Franken pro Ausleihe gesprochen. Für das Schweizerische Sozialarchiv würde diese Spannweite beispielsweise bedeuten, dass zwischen 6 Promille und 60 Prozent (!) des gegenwärtigen Erwerbungsbudgets für Monografien von der Abgabe aufgeessen werden könnte. Zahlreiche kleinere Bibliotheken würden durch die Verleihsteuer existenziell bedroht.

**2. Das vorgesehene System brächte einen unverhältnismässigen administrativen Aufwand.** Die Einnahmen, die sich Autorinnen und Autoren aus der Verleihsteuer versprechen, würden zum grossen Teil für die Erhebung, Auswertung und Verteilung benötigt. Die Pro Litteris weist bereits heute Verwaltungskosten von 25 Prozent ihres Umsatzes auf – dies liegt erheblich über den entsprechenden Zahlen anderer Verwertungsgesellschaften. Die Erhebung der Ausleihzahlen in allen Bibliotheken ist darin noch nicht inbegriffen – eine Unterscheidung zwischen urheberrechtlich geschützten und gemeinfreien Werken ebenfalls nicht.

**3. Der Nutzen für die Autorinnen und Autoren wäre bescheiden und stünde in keinem Verhältnis zum enormen administrativen Aufwand.** Die Verleihsteuer könnte sich für das einheimische Schaffen sogar als kontraproduktiv erweisen. Ein bedeutender Anteil der den Bibliotheken durch die Verleihsteuer entzogenen Mittel würde für deren Erhebung und Administration verwendet werden müssen, wobei ein Grossteil der dann noch verbliebenen Einnahmen aufgrund internationaler Abkommen an ausländische Verlage und Bestsellerautoren flosse. Die inländischen Autorinnen und Autoren würden dagegen nur marginal profitieren: Gemäss Schätzungen würden weniger als ein Drittel der Einnahmen aus der Verleihsteuer zu ihnen fliessen! Sie würden aber die Konsequenzen von schrumpfenden Budgets bei den Bibliotheken für Erwerbung und Lesungen am meisten zu spüren bekommen. Die legitimen Bedürfnisse der Autorinnen und Autoren wären mit Alternativmodellen, wie sie in anderen europäischen Ländern praktiziert werden, erheblich besser bedient.

**4. Die Einfügung eines Instruments der Kulturförderung ins Urheberrechtsgesetz ist ein rechtssystematischer Sündenfall.** Gerade das starke Lobbying der Interessenvertretungen der

Autorinnen und Autoren für die Verleihsteuer zeigt, dass man diese als ein Stück Kulturförderung betrachtet. Als solches ist die Verleihsteuer im URG aber ein Fremdkörper. Kulturförderung sollte aufgrund entsprechender rechtlicher Grundlagen vom dafür zuständigen Departement betrieben und nicht via URG und zu Lasten kultureller Bedürfnisse breiter Bevölkerungsschichten Institutionen aufgezwungen werden, die hauptsächlich von Kantonen und Gemeinden finanziert sind.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung der Interessen der Bibliotheken und der übrigen kulturellen Gedächtnisinstitutionen und ihrer Nutzer und Nutzerinnen und verbleiben mit freundlichen Grüßen.



Prof. Dr. Christian Koller

Direktor Schweizerisches Sozialarchiv

Titularprofessor für Geschichte der Neuzeit, Universität Zürich

Mitglied Kommission der schweizerischen Nationalbibliothek

Kopie z.K. an:

Geschäftsstelle BIS, Bleichemattstrasse 42, 5000 Aarau